



Detlef Müller
Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Detlef Müller, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Bürgermeister
Matthias Damm
Markt 32, Rathaus Haus 1
09648 Mittweida

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Paul-Löbe-Haus
Raum 7.342
☎ (030) 227 – 71 207
☎ (030) 227 – 76 328
✉ detlef.mueller@bundestag.de

Wahlkreis

Bürgerbüro Chemnitz
Webergasse 3
09111 Chemnitz
☎ (0371) 666 – 37 75
☎ (0371) 666 – 40 09
✉ detlef.mueller@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Mittweida
Tzschirnerstraße 2
09648 Mittweida
☎ (03727) 2684
☎ (03727) 2644

www.spd-mueller.de

Chemnitz, 19. Juli 2007

Sehr geehrter Herr Damm,

mit großer Verwunderung nahm ich Ihre Presseerklärung zur „Aktion Noteingang Mittweida“ zur Kenntnis. Darin erklären Sie ausführlich, weshalb die Initiative von Ihnen keine Unterstützung erhält. Ich möchte auf folgende Punkte Ihrer Argumentation näher eingehen:

Ihrer Ansicht nach ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Gewerbetreibende jedem, der Hilfe und Schutz bedarf – „ob durch Gewalt, Unwetter, gesundheitliche Probleme usw.“ –, diese auch zuteil werden lassen. Für mich und die Initiatoren der „Aktion Noteingang“ ist das natürlich auch eine Selbstverständlichkeit. Und dazu noch gesetzlich verankert, „unterlassene Hilfeleistung“ ist ein Straftatbestand. Doch aus Ihren Ausführungen heraus ergeben sich für mich etliche Fragen:

Wenn es für die Gewerbetreibenden so selbstverständlich ist, warum sträuben sie sich dann, ein solches Schild anzubringen, das letztlich nur das beschreibt, was nach Ihrer Sichtweise schon Normalität ist?

Wenn Hilfsbereitschaft gegenüber Hilfesuchenden zu unserem Alltag gehört, warum ereignen sich dann immer wieder Überfälle, die durch couragiertes Einschreiten von Bürgerinnen und Bürgern verhindert werden könnten?



Detlef Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Seite 2 von 3 Seiten des Schreibens vom 19. Juli 2007

Als jüngstes Beispiel sei hier der Überfall auf Mitglieder eines Theaterensembles in Halbe genannt, die vor einem Lokal unter den Augen der umstehenden Passanten und Taxifahrer von Rechtsradikalen krankenhaushausreif geschlagen wurden.

Was meinen Sie, weshalb sich Neonazis in Landstrichen wie Mittweida und Umgebung so sicher fühlen, offen gewalttätig gegen Migranten und andersdenkende Menschen vorgehen zu können? Etwa weil sie wissen, dass an jeder Straßenecke ein couragierter Gewerbetreibender sitzt, der ihnen das Handwerk legen will?

Weiterhin möchte ich Ihnen mitteilen, dass mich Ihre Auflistung „Gewalt, Unwetter oder gesundheitliche Probleme usw.“ außerordentlich befremdet. Naturgewalten und Gewalt von Menschen gegen Menschen aus rassistischen Motiven in einem Atemzug zu nennen, das ist der Relativismus, der aus Ihrem gesamten Schreiben spricht, und den ich für gefährlich halte. Wie viele andere Politiker, die in Regionen mit besonderer Problemlage im Bereich Rechtsextremismus tätig sind, verhalten Sie sich zögerlich und beschwichtigend, um dem Image der Stadt nicht zu schaden. Das ist aus Ihrer Sicht sogar verständlich. Ich möchte sie dennoch eindringlich vor dieser Augenwischerei warnen.

Sie kritisieren in Ihrem Schreiben, es würde zu einer Stigmatisierung von Geschäften führen, wenn diese sich nicht an der Aktion beteiligen würden. Hier widersprechen Sie sich in Ihrer „Argumentation“ selbst: Denn wenn es doch so normal ist, dass man Hilfesuchenden Schutz bietet, warum sollte sich dann jemand nicht beteiligen?

Wäre es nicht Ihre Aufgabe als Bürgermeister, dafür zu werben, dass alle Gewerbetreibenden bei dieser Aktion mitmachen und somit zu zeigen, dass Ihre Stadt weltoffen und tolerant ist?

Nun zu Ihrem Vorwurf der „negativen Außenwirkung“ für die Stadt Mittweida. Ich möchte Ihnen hier drei Namen von Städten bzw. Stadtteilen nennen: **Solingen, Rostock-Lichtenhagen, Eberswalde**. Weshalb sind diese Städte oder Stadtteile deutschlandweit bekannt? Weil dort ausländerfeindlich motivierte Gewalttaten stattfanden, die sich in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingepägt haben. Auch in Ihrer Stadt gibt es Probleme, die dazu führen könnten, dass Mittweida ein solch unrühmlicher Ruf voraussetzt. Um dies zu



Detlef Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 19. Juli 2007

verhindern, gibt es die „Aktion Noteingang“. Sie führt gerade nicht dazu, dass Mittweida in einen schlechten Ruf gerät, sondern setzt ein Signal gegen Fremdenfeindlichkeit. Und sie macht Menschen auf ein Problem aufmerksam, das viele nicht wahrhaben wollen: Es gibt Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, auch in ihrer Region. Mit Ihrem beschwichtigenden Verhalten tragen Sie dazu bei, dass dieses Problem weiterhin nicht wahrgenommen wird und die Menschen weiter in einer „heilen Welt“ leben können, die es für diejenigen, die bereits Opfer rechtsextremer Gewalt geworden sind, schon lange nicht mehr gibt. Ihre Solidarität als Bürgermeister sollte den Opfern gelten und denen, die es werden könnten. Deshalb sollte die Unterstützung der „Aktion Noteingang“ für Sie zur Chefsache werden.

Sehr geehrter Herr Damm, es geht mir in meinem Schreiben keinesfalls darum, die Stadt Mittweida und Umgebung in ein schlechtes Licht zu rücken. Dass es fremdenfeindliche Tendenzen in dieser Region gibt, ist eine Tatsache.

Ich kann Sie nur bitten, diese unbequeme Wahrheit zu erkennen, beim Namen zu nennen und Maßnahmen dagegen zu unterstützen. Sie werden in mir einen zuverlässigen Partner dafür finden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Detlef Müller

MdB